

Von: [pfeiffer, joachim](mailto:pfeiffer.joachim@bundestag.de)[Details ausblenden](#)An: rolfhaeberle@t-online.de

Sehr geehrter Herr Häberle,

gerne können Sie folgenden Text auf Ihrer Webpage veröffentlichen:

„Nach Prognosen des ifo Instituts wird Deutschland in diesem Jahr wieder Exportweltmeister werden. Dies zeigt anschaulich, welche Stellung die deutsche Wirtschaft im weltweiten Handel hat. Wesentlich für diese Exportstärke ist der Zugang zu fremden Märkten. Auch die EU ist auf freien Handel angewiesen. 2015 hatte die EU ein Außenhandelsvolumen von 3,5 Billionen Euro. Das ist ein deutlich höheres Volumen als die USA (620 Mrd. €), China (521 Mrd. €) oder Japan (116 Mrd. €) hatten. Daher ist es sowohl für die EU als auch für Deutschland wichtig moderne Handelsabkommen abzuschließen, um die Zukunft des Welthandels aktiv zu gestalten.

CETA ist eines der modernsten und fortschrittlichsten Freihandelsabkommen, die jemals von der EU ausgehandelt wurden. Es wird die Beziehungen der EU zu Kanada, einem wichtigen demokratischen Partner und engen Verbündeten, weiter vertiefen und auf eine neue Grundlage stellen. CETA enthält weitreichende Handelserleichterungen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen. So wird Kanada erstmals alle Ausschreibungen der öffentlichen Hand auch für deutsche und europäische Unternehmen vollständig öffnen, von der Bundesebene bis zu den Kommunen. Kein anderes Abkommen – nicht einmal das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA – öffnet den kanadischen Markt in diesem Umfang. Die Zölle auf Industriegüter werden fast vollständig abgeschafft. Zusätzlich stellen weitreichende Vorschriften in CETA sicher, dass Kanada und die EU-Mitgliedstaaten Belange des Allgemeinwohls wie zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher- oder Gesundheitsschutz, auch weiterhin uneingeschränkt regeln können.

Die Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestages am 5. September 2016 hat gezeigt, dass der Abschluss von CETA in die Zuständigkeit der EU fällt. Das bedeutet, dass die Zustimmung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments ausreichen, um eine hinreichende demokratische Legitimation von CETA entsprechend der Rechtsordnung der Europäischen Union zu gewährleisten.

Eine Zustimmung der nationalen Parlamente zu CETA ist nach Aussage der Experten deshalb eigentlich nicht erforderlich. Diese Arbeitsteilung zwischen europäischen Institutionen und nationalen Parlamenten ist in den EU-Verträgen seit dem Lissabon-Vertrag eindeutig festgelegt. Dem haben damals alle demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag zugestimmt, insbesondere auch die Grünen. Alles andere wäre auch kontraproduktiv, denn dann müssten jedem EU-Freihandelsabkommen nicht nur 28 nationale Parlamente zustimmen, sondern auch zahlreiche kleine regionale Parlamente. Das wäre ein gewaltiger Rückschritt gegenüber der schon erreichten europäischen Integration und würde die internationale Handlungsfähigkeit der EU ernsthaft in Frage stellen.

Wenn die EU-Kommission trotzdem vorschlägt, CETA als gemischtes Abkommen zu behandeln, so ist dies ein politisches Entgegenkommen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sich das Inkrafttreten von CETA verzögert. Es gilt, die Beratungen zu CETA nun umgehend abzuschließen, um eine Unterzeichnung des Abkommens auf dem EU-Kanada-Gipfel Ende Oktober und ein schnelles vorläufiges Inkrafttreten sicherzustellen.“

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Pfeiffer

Dr. Joachim Pfeiffer MdB
Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 75215
Fax: (030) 227 – 76214

joachim.pfeiffer.ma05@bundestag.de